
3443/J XXIII. GP

Eingelangt am 30.01.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gertrude Aubauer
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend „seniorenfreundliche Gemeinde“

Ältere Menschen brauchen Respekt, Wertschätzung und - in vielen Bereichen - Hilfe der Gesellschaft! Parteipolitik sollte dabei keine Rolle spielen. Die unterzeichneten Abgeordneten begrüßen es, wenn das Sozialministerium die „seniorenfreundlichsten Gemeinden“ Österreichs küren möchte. Doch es stellt sich die Frage: Handelt es sich um eine parteiunabhängige Aktion?

Konkret: Das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz veröffentlicht in der Rubrik „Aktuelles“ unter dem Titel „Was ist neu 2008“ die wesentlichen Neuerungen und gesetzlichen Änderungen, die sich im Rahmen der Ressortzuständigkeit ab dem 1.1.2008 ergeben. Darunter finden sich auch seniorenpolitische Schwerpunkte. Konkret wird ein Wettbewerb zur Auszeichnung und öffentlichen Würdigung von Gemeinden, die besondere Maßnahmen für ihre älteren Gemeindebewohnerinnen und -bewohner setzen, angekündigt. Dieser Wettbewerb soll in Kooperation mit der Volkshilfe und dem Pensionistenverband stattfinden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz in diesem Zusammenhang nachstehende

Anfrage:

1. In welcher Form wird dieser Wettbewerb ausgeschrieben?

2. Wann soll dieser Wettbewerb starten?
3. Welche Kriterien sollen als Maßstab für eine Auszeichnung ausgewählt werden?
4. Welcher Personenkreis (Jury?) wird die Entscheidung über eine Auszeichnung treffen?
5. In welcher Form soll die öffentliche Würdigung zum Ausdruck gebracht werden?
6. Warum soll die angekündigte Kooperation ausschließlich mit SPÖ-nahen Organisationen, wie Pensionistenverband und Volkshilfe stattfinden?
7. Wurden auch andere Organisationen zur Mitwirkung eingeladen? Wenn nein, warum nicht?
8. Wie begründen Sie es, dass Sie so wichtige große österreichische Hilfsorganisationen, wie etwa das Hilfswerk sowie den Seniorenbund mit 300 000 Mitgliedern, von einer Kooperation mit dem Sozialministerium im Zusammenhang mit dem oben genannten Wettbewerb ausschließen?